

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mark, bei Selbstabholung 1 Mark. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark, für 1 Monat 1 Mark. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 13 003

Anzeigen kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Vorkauf 10 Pfg. Schwereyer Satz nach höherem Tarif — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4 — Mt jedes Tausend bei Zellaufgabe 4 — Mt — Schluss der Annahme von Anzeigen für die 1819er Nummer früh 9 Uhr

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher 4596 • Anzeigen-Abteilung Fernsprecher 2721.

Ein neuer Vorstoß gegen die englische Küste Russische und französische Gegenangriffe abgeschlagen.

Jahrestage des Weltkriegs.

27. Januar 1916. An der Straße Bimh-Neuville wird die französische Stellung in Ausdehnung von 600 Metern erklimmt. — Die Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei verpflichtet sich mit 1.502.000 gegen 892.000 Stimmen, die Regierung bei der Fortsetzung des Krieges so viel als möglich zu unterstützen.

28. Januar 1916. Feindlicher Vortritt auf die Stadt Freilburg. — Österreichische Truppen besetzen die Gegend von Glinze (Montenegro). Die Entlastung des montenegrinischen Heeres steht vor dem Abschluss.

Die neuesten Meldungen.

Der englische Bericht über den Angriff auf die englische Küste.

London, 26. Januar. (Meister.) Feldmarschall French teilt mit, daß gestern Abend ein kleines deutsches Boot, dessen Identität nicht festgestellt werden konnte, bei der Küste von Eastbury (Küste) und vierzig von Geschossen abgefeuert wurde, nur teilweise die Küste erreichten. Es wurde niemand verletzt und nur unbedeutender Schaden angerichtet.

Amsterdäm, 26. Januar. Das Neuterdse Bureau telegraphiert aus London, der letzte Angriff auf die Küste sei, wie die bisherigen, wenig Zweckes gewesen. Das Schiff sei zwischen 11 Uhr und Mitternacht erschienen, habe Granaten abgefeuert und sei dann wieder verschwunden. Die ganze Sache habe drei Minuten gedauert.

Der Kampf um die Sereth-Linie.

Stockholm, 26. Januar. (R.A.) Nicht Juvall schreibt zum russischen Neujahr über die Lage der rumänischen Front: Nach dem Rückzug der russischen Truppen nach den Sereth-Linien suchte der Feind, den Durchbruch im Erzgebirge zu erzwingen. Er schritt jedoch, ohne den andern Frontteilen immer häufiger die Verteidigung ein. Zwischen der Straße von Focani und der Minciumilindung führte ein Vorstoß bis ans Serethufer, wo der Feind sehr starke Positionen bezogen hat. Hier wird mit ungeschwächter Hartnäckigkeit gekämpft, da die russische Heeresleitung keinesfalls gewillt ist, die Sereth-Linien aufzugeben, wodurch mehr als die ganze Moldau verloren wäre.

Die Blockade gegen Deutschland.

Paris, 26. Januar. (W. T. A.) Bei der Verhandlung im Senat über die Interpellation betreffend Maßnahmen zur Verschärfung der Blockade gegen Deutschland und zur Verhinderung der Ausfuhr von für die Landesverteidigung unentbehrlichen Landeserzeugnissen machte Caillaux darauf aufmerksam, daß Frankreich, ohne es zu wissen, Deutschland mit Tierhäuten und Seife versorge und zwar durch Vermittlung der Schweiz, und verlangte Verschärfung der Blockade in dieser Hinsicht. Namens der Regierung sagte Debyz, Minister ohne Portefeuille, die Schwierigkeiten einer vollständigen Blockade anheimelnd. Er erklärte aber, die Verträge mit der Schweiz böten genügend Vorhaltungen; eine Verformung Deutschlands mit Blei und Kupfer durch Vermittlung der Schweiz hätte er für unwahrscheinlich. Er schloß: Wir müssen die vollständige als zulässig anerkannte Blockade durchzuführen suchen, so geschieht es, um die Freiheit unseres Landes zu sichern. Die Deutschen besagen sich, daß wir sie massenhaft hinhinwerfen wollten, aber unbedeutenderweise, da sie die zwischen Grundbesitz von Bernhardt und Treitschke angewandt haben. Wir bleiben den liberalen Ideen treu, die stets die wichtigsten gewesen sind; das soll uns aber nicht hindern, uns mit allen vermittelbaren Waffen, nun auch der Blockade, zu verteidigen. Auf Eruchen des Ministers wurde die einfache Tagesordnung durch Dankbarkeit angenommen. Darauf stimmte der Senat dem Beschlusse betreffend eine Ackerbauverträge von J. Frank für 1917 zu.

Unter Mordverdacht verhaftet.

Graz, 26. Januar. (W. T. A.) Die des Mordes an Frau Polzig in Wien verdächtige Altkameraleinnehmer und Alexander Ort wurden heute nachmittag in einer Kaffeehölle verhaftet.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 26. Januar befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluss der Nummer noch nicht vor.

Rußlands innere Krise.

Die Nachrichten und oft einander widersprechenden Nachrichten aus Rußland, die über die skandinavischen Länder in die europäische Presse gelangen, geben zur Zeit weniger als je die Möglichkeit, sich ein klares Bild von der innerpolitischen Krise in Rußland zu schaffen, die sich in dem ununterbrochenen Wirrwarr an den höchsten Regierungsstellen und in dem Kampf zwischen Regierung und Gesellschaft dokumentiert. Auch die russische Presse, die allen Sensurmaßnahmen trübend sich während des Krieges eine ziemlich weitgehende Bewegungsfreiheit erkämpft hat, verlagert in den letzten Monaten. Aus den Dumaberichten streicht die Zensur auf höheren Befehl die Neben der oppositionellen Abgeordneten, worunter in erster Linie die äußerste Linke, die Sozialdemokratie und die „Arbeiterpartei“, zu leiden hat; wichtige Vorgänge in parlamentarischen und andern politischen Kreisen bleiben der Öffentlichkeit verborgen und werden nur andeutungsweise berührt; der ganze Komplex der inneren Parteigruppierungen und Kämpfe erscheint infolgedessen wie mit einem Schleier verhüllt, der zwar die allgemeinen Umrisse hervortreten läßt, aber die Einzelheiten so verzerrt wiedergibt, daß man sich in ihnen kaum zurechtfinden kann.

Der Generalkongress der Sozialdemokratie, das Organ der Lenin-Richtung, veröffentlichte eine Reihe ungemein wichtiger Dokumente, die die Einzelheiten der innerpolitischen Kämpfe in Rußland deutlicher hervortreten lassen. Es sind dies zunächst zwei Briefe des Hauptvolkskommissars des Allrussischen Landtagsverbandes Fürsten Lwow und des Hauptvolkskommissars des Allrussischen Arbeiterverbandes M. Tschelnokow an den Dumavorstehenden Madsjan, die die Stellung dieser einflussreichen Körperschaften zu den inneren Wirren und zu der Regierung in ungeschminkter Weise darlegen und gleichzeitig das politische Programm der einflussreichsten Elemente des Bürgerturns und des Adels wiedergeben. Der Brief des Fürsten Lwow ist vom 29. Oktober (11. November) 1916 datiert und enthält die einstimmige Willensäußerung der Vorstehenden familiärer Landtagsverwaltungen, die am 25. Oktober in Moskau zu einer Beratung zusammentraten. Unter Hinweis auf die zunehmende Desorganisation auf allen Gebieten der Verwaltung, vor allem auf dem der Lebensmittelversorgung, und auf den ununterbrochenen Kampf der Regierung gegen die Gesellschaft, erklärt Fürst Lwow in seinem Pronunziamento:

Der fortgesetzte Wechsel der Minister und der höchsten Amtspersonen des Staats, unter den Bedingungen, in denen dieser Wechsel sich vollzieht, und in Verbindung mit dem ständigen Wechsel der von diesen Personen betriebenen Politik, bewirkt eine direkte Ablösung der Regierungsgewalt. Selbst das Gebiet der internationalen Beziehungen, mit dem wir nun als das Schicksal Rußlands engstimmig verknüpft ist, ist nicht verschont geblieben. Neues Gebiet, auf dem die größte Festigkeit und Energie, politische Erfahrung und vor allem aufrichtige, über jedem Verdacht stehende Innigkeit zu den Interessen des Vaterlandes erforderlich sind. Infolge aller dieser Erscheinungen ist im Lande die Erkenntnis herangereift, daß die am Ande befindliche Regierung nicht imstande ist, den Krieg erfolgreich zu beenden und selbe Liquidation unter Wahrung der wirklichen Interessen Rußlands vorzubereiten.

Des weiteren klagt Fürst Lwow im Namen des Landtagsverbandes die Regierung scharf an. Sie verorganisiere ausschließlich das Land, sie lasse innere Zwietracht mit der Absicht, zu Boden für einen Separatfrieden mit Deutschland vorzubereiten. Das dürfe so weiter nicht gehen. Rußlands Zukunft, Rußlands Ehre gebiete, den Kampf Hand in Hand mit den verbündeten Staaten fortzusetzen, bis der Sieg erkämpft sei. Die Duma müsse deshalb in den Kampf treten für die Schaffung einer Regierung, die alle Kräfte der Gesellschaft vereinigen und sie zum Siege zu führen vermöchte.

An ähnlichen Gedankenengängen bewegt sich auch der Brief des Moskauer Stadthauptmanns Tschelnokow, der die Anschauungen des Städteverbandes wiedergibt. „An der Gesellschaft — heißt es in diesem Briefe — reizt unwillkürlich die Erkenntnis, daß die unzähligen Maßnahmen, durch die die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung und der Armee unterbunden wird, nicht bloß eine Folge des Unvermögens und des Unverständes, sondern das Ergebnis von Handlungen sind, die darauf hinauslaufen, einen heftigen Klassenkampf zu entfesseln, die Einheit zwischen Stadt und Land zu zerstören und

durch Desorganisation des Hinterlandes die Fortführung des Kampfes zu erschweren. Die internationale Politik steht unter denselben verderblichen Einflüssen. Die verbrecherische Langsamkeit, die in der politischen Frage zur Geltung kam, hat Rußland in eine neue Gefahr gestürzt und es vor neue Schwierigkeiten gestellt.“ Zum Schluß spricht sich auch diese Kundgebung mit aller Entschiedenheit gegen einen Separatfrieden aus und fordert die Schaffung einer „mit dem Volke geeinten“ Regierung.

Bewegen sich die hier wiedergegebenen Erklärungen in der Richtung eines bestimmten politischen Zweckes, der selbstverständlich die Gruppierung des Anklagenmaterials gegen die Regierung beeinflusst (beinahe ausschließlich wurde dieser Zweck auch insofern erreicht, als die bis dahin zusammengetretene Duma den Sturz Stürmers herbeiführte), so entrollt das dritte Dokument, das der Sozialdemokrat veröffentlicht, eine noch krasser und vollständiger Auflage gegen das ganze System der russischen Regierung. Es ist dies ein Brief des Oktoberrevolutionärs und Vorstehenden des Kriegsindustrie-Komitees N. Gutschkow an General M. Alexejew, datiert vom 15./26. August 1916. Nach Darlegung einer Affäre betreffend die Versorgung der Armee mit neuen Gewehren, bei der der kürzlich zum Kriegsminister ernannte General Weltschew eine höchst unzulässige Rolle spielt, fährt Gutschkow in der ihm eigenen temperamentsvollen Weise fort:

Wie Sie sehen, ist die Gewehr-Affäre scheinbar glänzend oder mindestens zum Teil glänzend ausgefallen, ich habe Ihnen aber die Einzelheiten der Affäre mitgeteilt, damit Sie sehen, in welche unnormalen Bedingungen jetzt die ganze Versorgung der Armee gestellt ist. Ist es etwa ein normaler Zustand, daß eine so ernste Angelegenheit wie die dargelegte nur infolge eines Zufalls eine glänzende Wendung nahm? Sichern Sie von Ihrem Standort all das, was wir täglich, stündlich infolge der Verführung mit dem Messer, ja mit der ganzen Regierung auszustehen haben? Wie gut es auch an der Front stehen mag, das verfaulende Hinterland droht noch einmal, wie vor einem Jahr, nicht nur unsere herrliche Front und ihre talentvolle Strategie fortzuschwimmen, sondern auch das ganze Land in dem abgrundtiefen Sumpf zu ertränken, aus dem Sie sich einst unter Lebensgefahr gerettet haben. Kann man denn gut funktionierende Rahmen unter der Verwaltung Trepow, eine gut arbeitende Industrie unter der Fürsorge des Fürsten Schachowskoi, ein Aufblühen der Landwirtschaft und eine regelrechte Lebensmittelversorgung unter dem Regime des Grafen Wrangels erwarten? Und wenn Sie noch berücksichtigen, daß diese Regierung geküßt wird von Stürmer, der in der Armee wie im Volke die feststehende Reputation eines Mannes besitzt, der, wenn noch kein Verräter, so bereit ist, Verrat zu leisten. — So werden Sie verstehen, von welcher tödlichen Verformung um das Schicksal unseres Vaterlandes Gesellschaft und Volk ergriffen sind.

„Wir im Hinterlande — so schließt Gutschkow seinen Brief — sind machtlos oder fast machtlos, gegen dieses Uebel anzukämpfen. Unser Kampfmittel sind ausschließlich und können bei heftigerer Stimmung der Volksmassen, vor allem der Arbeitermassen, den ersten Funken einer Feuerbrunst bilden, deren Umfang niemand voraussehen und lokalisieren kann. Ich spreche schon gar nicht davon, was uns nach dem Kriege bevorsteht. Es naht eine Sturmflut, und unsere jämmerliche, nichtsmühige Regierung will diesem Katastrophus bloß mit Mitteln begegnen, die vor einem halben Jahrhundert schickten, indem sie Gummischuhe anzieht und den Regensturm aufspierrt.“

Dieser Schlussatzus in dem Briefe des Oktoberrevolutionärs Gutschkow deutet deutlicher als alle Anklagereden der russischen bürgerlichen Politiker den Kernpunkt der Krise auf, die den gewaltigen Körper Rußlands erschüttert. Die bürgerlichen Parteien und in letzter Zeit auch der größte Teil des Landadels stehen der Regierung in scharfer Opposition gegenüber. Sie tadeln die Kriegsführung, die äußere Politik, die Maßnahmen der Verwaltung; sie spüren täglich am eigenen Leibe die Unfähigkeit der fast selbstherrlich waltenden Bürokratie und die innere Kälte des Polizeistaats, der die wirtschaftliche Entfaltung des Landes und damit auch die Kriegsführung hemmt, und sie verlangen deshalb immer härterer nach gebenden Anteil an der politischen Macht. Die alte Gewalt will aber keineswegs abdanken, sie kränkt sich mit Händen und Füßen gegen die Umformung des Regierungssystems und sucht sich mit Tricks und Schiebungen, mit Festsitz und Zuckersüß über Wasser zu halten, bis die Gefahr zu Ende ist und sie wieder selbstherrlich schalten und walten kann. Allerdings hätte das Bürgerturn Kampfmittel genug, um die Bürokratie jetzt seinem Willen gefügig zu machen. Es fürchtet aber zweierlei: einmal die Macht der